

VERSORGUNGS WIRTSCHAFT

4/2011

Monatszeitschrift für Betriebswirtschaft,
Wirtschaftsrecht und Steuerrecht der Elektrizitäts-,
Gas- und Wasserwerke



Seit 1949 aktuelle Informationen für Versorgungsunternehmen. 63. Jahrgang

INHALT

Die EU-Abfallrahmenrichtlinie und das geplante Kreislaufwirtschaftsgesetz – mittelbare Steuerpflicht der Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushalten
– von Dipl.-Bw. (FH) / Dipl.-Vw. / Dipl.-Hdl. Martin Kronawitter, Untergriesbach – 85

Die Regelung des steuerlichen Querverbunds durch das JStG 2009
– von Karl-Hubert Eckerle und Hans Hofstetter, München – 93

Wirtschaftsrecht

Rechtsprechung

Rechtsprechung kompakt

• BGH: Zur Unwirksamkeit von Preisänderungsklauseln in Erdgas-Sonderverträgen
– Urteil vom 9.2.2011 – VIII ZR 295/09 – 100

Entscheidungen

Energiewirtschaftsrecht

• Berücksichtigungsfaktoren bei der Ermittlung der Erlösobergrenze im Regulierungsverfahren
– Beschluss des OLG Düsseldorf vom 7.7.2010 – VI-3 Kart 138/09 (V) – 100

• Lastflusszusagen keine dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 4 ARegV
– Beschluss des OLG Düsseldorf vom 1.9.2010 – VI-3 Kart 50/09 (V) – 105

Konzessionsabgabenrecht

• Grenzpreise für Strom und Gas nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV im Jahr 2011 107

Arbeitsrecht

• Weiterbeschäftigung im Wege der Personalgestellung als milderer Mittel bei Fremdvergabe 107

• Kein Weiterbeschäftigungsanspruch eines GmbH-Geschäftsführers nach Abberufung .. 107

• Schutz behinderter, aber nicht schwerbehinderter Menschen 108

Buchbesprechungen

108

Im Focus – mehr Praxistipps auch auf www.vw-online.eu

Im Focus – mehr auf www.vw-online.eu

Auf dieser Seite erhalten Sie erste Hinweise zu Informationen, die auf unserem Online-Portal vertieft bzw. ergänzt werden. Geben Sie dort in die Suchmaske einfach die zu den einzelnen Hinweisen angegebene Dokumentennummer ein.

Wenn auch Sie interessante Neuigkeiten für unsere Leser haben, freuen wir uns auf Ihre Nachricht.

Kein Vorsteuerabzug für unentgeltlich zugewendete Erschließungsleistungen

Das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 13.01.2011 (V R 12/08; vgl. [DokNr. 11000532](#)) betrifft den Vorsteuerabzug aus Erschließungskosten. Eine kommunale GmbH hatte sich gegenüber der Gemeinde verpflichtet, öffentliche Anlagen für die Erschließung eines Gewerbegebietes wie z.B. Straßen unentgeltlich herzustellen. Die Gesellschaft ging davon aus, dass sie aufgrund der vorgesehenen umsatzsteuerpflichtigen Veräußerung der erschlossenen Grundstücke aus den von ihr bezogenen Bauleistungen für die Herstellung von Erschließungsanlagen zum Vorsteuerabzug berechtigt ist. Den begehrten Vorsteuerabzug hat der Bundesfinanzhof aber abgelehnt.

[mehr ==> DokNr. 11000525](#)

Jahresabschluss 2010: Kostenlose Arbeitshilfen und Checklisten

Spätestens ab dem Geschäftsjahr 2010 muss das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angewendet werden. Wir nehmen das zum Anlass, unseren Abonnenten in Zusammenarbeit mit der Primus-Seminare GmbH, einem Spezialanbieter von Fachseminaren im wirtschaftlichen Prüfungswesen aus Köln, auf unserem Online-Portal kostenlos und unverbindlich verschiedene Arbeitshilfen und Checklisten zum Download anzubieten:

- **Kleine Kapitalgesellschaft** (z.B. GmbH) gem. § 267 HGB:
Checkliste Aufstellung eines Anhangs für 2010 (4 Seiten; [DokNr. 11000528](#))
Checkliste Offenlegung des Anhangs für 2010 (4 Seiten; [DokNr. 11000529](#))
- **Mittelgroße Kapitalgesellschaft** (z.B. GmbH) gem. § 267 HGB:
Checkliste Aufstellung eines Anhangs für 2010 (6 Seiten; [DokNr. 11000530](#))
Checkliste Offenlegung des Anhangs für 2010 (6 Seiten; [DokNr. 11000531](#))
- **Große Kapitalgesellschaft** (z.B. GmbH) gem. § 267 HGB:
Checkliste Aufstellung eines Anhangs für 2010 (7 Seiten; [DokNr. 11000533](#))
Checkliste Offenlegung des Anhangs für 2010 (7 Seiten; [DokNr. 11000534](#))
- **Kleine Personenhandelsgesellschaft** (z.B. GmbH & Co. KG) gem. § 267 HGB:
Checkliste Aufstellung eines Anhangs für 2010 (4 Seiten; [DokNr. 11000535](#))
Checkliste Offenlegung des Anhangs für 2010 (4 Seiten; [DokNr. 11000536](#))
- **Mittelgroße Personenhandelsgesellschaft** (z.B. GmbH & Co. KG) gem. § 267 HGB:
Checkliste Aufstellung eines Anhangs für 2010 (6 Seiten; [DokNr. 11000537](#))
Checkliste Offenlegung des Anhangs für 2010 (6 Seiten; [DokNr. 11000538](#))
- **Große Personenhandelsgesellschaft** (z.B. GmbH & Co. KG) gem. § 267 HGB:
Checkliste Aufstellung eines Anhangs für 2010 (7 Seiten; [DokNr. 11000539](#))
Checkliste Offenlegung des Anhangs für 2010 (7 Seiten; [DokNr. 11000540](#))

Öffentlich geprägte Kapital- bzw. Personenhandelsgesellschaften werden häufig aufgrund des jeweiligen Satzungsrechts ihre Jahresabschlüsse nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufstellen müssen. Das gilt entsprechend für Eigenbetriebe nach den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften (vgl. bspw. § 20 Eigenbetriebsverordnung Bayern). Mit § 274 HGB n.F. hat der Gesetzgeber eine grundlegende Reform der **Bilanzierung latenter Steuern** vorgenommen. Es gelten die allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze: Aktive latente Steuern können, passive latente Steuern müssen bilanziert werden. Unter [DokNr. 11000543](#) finden Sie einen Rechner für latente Steuern insbes. für den Übergang auf das neue Recht.

Die Berechnung der **Ertragsteuern im Jahresabschluss** ist aufgrund der ständigen Änderungen im Steuerrecht gerade für kleinere Unternehmen eine kaum noch zu bewältigende Herausforderung. Wir haben zwei kleine Excel-Tabellen mit häufig anzutreffenden Positionen zum Herunterladen hinterlegt, um im Jahresabschluss 2010 die Körperschaft- und Gewerbesteuerbelastung 2010 zumindest überschlägig zu berechnen. Sie finden die Berechnungen für Kapitalgesellschaften unter [DokNr. 11000541](#) und für Personenhandelsgesellschaften wie insbes. die GmbH & Co. KG unter [DokNr. 11000542](#).

Ertragsteuern und der Aufwand für Mehrerlösabschöpfung, Periodenübergreifende Saldierung sowie das Regulierungskonto

Bekanntlich verweigern die Finanzbehörden derzeit noch die steuerliche Anerkennung dieser Aufwandsposten. Die Begründung ist nicht überzeugend.

Betroffen sind viele Strom- und Gasversorger in ganz Deutschland. Haben Sie bereits Erfahrungen oder sogar Rechtsmittel gegen die Auffassung der Finanzbehörden eingelegt? Über Ihre Informationen und Begründungen zu diesem spannenden Thema würde sich der Verlag freuen. Wir werden an dem Thema dran bleiben und unsere Leser informieren. Das Schreiben vom 12.08.2010 des Bundesministers der Finanzen finden Sie auf unserem Online-Portal (vgl. [DokNr. 11000459](#)).

Bundesfinanzhof: Der nachträgliche Einbau einer Flüssiggasanlage in ein Dienstfahrzeug erhöht nicht die Bemessungsgrundlage für die 1%-Regelung

Die bisher entgegenstehende Regelung in R 8.1 Absatz 9 Nummer 1 Satz 6 LStR 2011 ist überholt (BMF vom 17. März 2011). Damit übernimmt die Finanzverwaltung nun die bereits am 13.10.2010 ergangene Entscheidung des Bundesfinanzhofs: Der nachträgliche Einbau einer Flüssiggasanlage in ein zur Privatnutzung überlassenes Firmenfahrzeug ist nicht als Sonderausstattung in die Bemessungsgrundlage des § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG einzubeziehen. Eine Sonderausstattung im Sinne des Gesetzes liegt nur dann vor, wenn das Fahrzeug bereits werkseitig im Zeitpunkt der Erstzulassung damit ausgestattet ist. Mit dem Betrag, der nach der 1%-Regelung als Einnahme anzusetzen ist, werden sämtliche geldwerten Vorteile abgegolten, die sich aus der Möglichkeit einer privaten Nutzung des betrieblichen Fahrzeugs ergeben; unselbständige Ausstattungsmerkmale können nicht getrennt bewertet werden.

[mehr ==> DokNr. 11000569](#)